



DER LANDESHAUPTMANN  
VON SÜDTIROL

Sehr geehrte Vertreter des Umweltinstituts München e.V.,

vielen Dank für die Zusendung Ihres offenen Briefes, in dem sie Ihre Sichtweise etwas ausführlicher darlegen, als in dem von Ihrem Verein vorbereiteten Schreiben, das mittlerweile über 20.000 engagierte Menschen an mich geschickt haben. Zwar zählen Sie ausführlich Dokumente und Quellen für die von Ihnen gemachten Behauptungen auf, jedoch kann ich Ihre Schlussfolgerungen nicht vollständig nachvollziehen. So belegt zum Beispiel die zitierte Antwort aus dem Europäischen Parlament eher meine Aussage der Zuständigkeiten auf europäischer und staatlicher Ebene, als dass Sie Ihre These von Verbotsmöglichkeiten auf lokaler Ebene stützt: „[...]it is the responsibility of a Member State willing to pursue a complete prohibition of the use of pesticides in specific areas to demonstrate its feasibility after having assessed the abovementioned conditions and compliance with the general principles of EC law[...]“.

Die Gemeinde Mals hat im September 2013 auf eigene Anfrage ein Gutachten der Staatsadvokatur erhalten, aus dem hervorging, dass die Zuständigkeiten auf übergeordneter Ebene liegen und die Gemeinde somit nicht die Verwaltungsbefugnisse innehat, um die möglichen Ergebnisse einer Volksbefragung umzusetzen: „[...]in nessuna di tali fonti normative è contemplato un potere degli enti locali di regolamentare la materia in questione nelle forme restrittive indicate[...]“. Es sind nun leider die Gerichte, die über das Malser Verwaltungshandeln entscheiden werden. Aus politischer Sicht ist dies bedauerlich, denn die Voraussetzung für das Entstehen von gemeinsam getragenen Lösungen, wären in Südtirol vorhanden gewesen.

Das Ziel einer noch nachhaltigeren und ökologisch verträglicheren Erzeugung von Lebensmitteln, das viele Bürgerinnen und Bürger in und für Mals verfolgen, teile ich mit voller Überzeugung. Der Weg der dabei eingeschlagen wurde und zu viel Zwietracht geführt hat, ist in meinen Augen aber der falsche. Das zeigt allein schon die Tatsache, dass andere Südtiroler Gemeinden höhere Umstellungsraten auf biologische Anbaumethoden durch Dialog anstatt Verbotsversuchen erreichen. Streng genommen, ist die von der Gemeinde Mals verabschiedete Durchführungsverordnung auch kein generelles Verbot von Pestiziden, sondern eine rigorose Abstandsregelung, die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu persönlichen und gerichtlichen Konflikten führen wird. Das Ergebnis ist eine Situation, in der beide Seiten auf ihrem Standpunkt beharren und der Weg einer gemeinsamen und konstruktiven Suche nach Fortschritten verbaut wird.

Dass Südtirol große Fortschritte im nachhaltigen Anbau von Lebensmitteln gemacht hat, noch machen kann und auch machen wird, steht für mich außer Frage. Der integrierte Anbau nach Agrios-Richtlinien wird vielfach als beispielgebend anerkannt und wird ständig auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse weiterentwickelt, um dem Nachhaltigkeitsgedanken in Zukunft noch besser gerecht werden zu können. Auch in der biologischen Produktion entwickelt sich Südtirol gut. Allein im letzten Jahr hat es einen Zuwachs der biologisch bewirtschafteten Kernobstfläche von rund 18 Prozent gegeben. In Südtirol werden aktuell über neun Millionen Euro für die biologische Landwirtschaft zur Verfügung gestellt sowie zusätzliche Mittel für die biologische Beratung investiert. Eine noch stärkere öffentliche Unterstützung des stattfindenden Wandels, wurde von der Südtiroler Landesregierung bereits in die Wege geleitet. Südtirol produziert heute jeden zehnten Apfel in Europa und fast jeden zweiten Bio-Apfel. Ich denke das zeigt, dass Südtirol seine Hausaufgaben besser gemacht hat, als andere Produktionsgebiete.

Die Südtiroler Landesregierung setzt sich, auch im Sinne der Rechtssicherheit, für eine möglichst fortschrittliche wie einheitliche Lösung ein. In diesem Lichte ist auch das von Ihnen zitierte Gesetz zu sehen. Ich kann nachvollziehen, dass Sie als Vertreter eines privaten Vereins, der für den Umweltschutz eintritt und auf Spendengelder angewiesen ist, auf Ihrem Standpunkt beharren und Interesse an spektakulären Aktionen haben. Als politischer Vertreter Südtirols sehe ich es als meine Aufgabe, die verschiedenen Sichtweisen anzuhören, die Sachlage auf Grundlage von empirischen Erkenntnissen zu bewerten, um mehrheitsfähige Vorschläge zu erarbeiten und damit wirksame Veränderungen anzustoßen. In diesem Sinne rede ich mit vielen verschiedenen Fachexperten, Interessensgruppen, Bürgerinnen und Bürgern über komplexe Fragestellungen, wie jene des Pflanzenschutzes in der Lebensmittelproduktion, um daraus die Schlüsse für meine täglichen Entscheidungen zu treffen.

Für die Vertreter der Gemeinde Mals und die Südtiroler Umweltorganisationen standen und stehen die Türen der Südtiroler Landesverwaltung immer offen, um konstruktiv über die weitere Entwicklung zu diskutieren. Die Notwendigkeit eines persönlichen Gespräches zwischen mir und Ihnen, als Vertreter eines privaten Vereines mit Sitz in Deutschland, kann ich – bei aller Wertschätzung für Sie und Ihre Anliegen – in diesem Zusammenhang gegenwärtig nicht erkennen.

Mit freundlichen Grüßen aus Südtirol

Arno Kompatscher